

Protokoll:

Rm Diehl (CDU)

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Beigeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

aus dem Gemeindefinanzbericht 2012 des Deutschen Städtetages zitiere ich:

„Die strukturellen Probleme vieler Städte bestehen weiterhin und sind besorgniserregend. Sozialausgaben steigen, für notwendige Investitionen fehlt Geld. Zu viele Städte müssen ihre laufenden Kosten mit Kassenkrediten finanzieren.“ und weiter „Wer den Städten neue Aufgaben überträgt, ob Bund oder Land muss auch für den finanziellen Ausgleich sorgen. Erste Schritte wie die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund werden sich positiv auswirken. Die Länder wiederum dürfen dem Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt, bezahlt“ nicht ausweichen, sondern müssen zum Beispiel die zusätzlichen Kosten der Kommunen für gemeinsamen Schulunterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendliche übernehmen.“

In die gleiche Kerbe schlägt der SPD OB der Stadt Trier wenn er die Landesregierung auffordert den Begriff freiwillige Leistung neu zu definieren. Z.B.: bei Kindertagesstätten durch freie Träger ist es nicht nachvollziehbar, diese Leistungen in den freiwilligen Leistungsbereich der Stadt zu deklarieren.

Die letzte Erläuterung zur Definition „freiwillige Leistungen“ hat übrigens die Stadt Koblenz beim OVG im Urteil 2007 zu unserem Haushalt 2006 erreicht. Zu lange her!

Das Urteil des Verfassungsgerichts Rheinland-Pfalz in Koblenz hat in seinen Leitsätzen zum Urteil vom 14. Februar 2012 - VGH N 3/11 – ausgeführt:

7. Der kommunale Finanzausgleich ist spätestens zum 1. Januar 2014 neu zu regeln. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt das bisherige Recht anwendbar.

8. Das Land hat im Rahmen der Neuregelung einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise zu leisten. Dieser muss jedenfalls auch in einer effektiven und deutlichen Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung bestehen. Daneben kommt eine Entlastung der Kommunen auf der Ausgabenseite durch Aufgabenrückführung oder die Lockerung gesetzlicher Standards in Betracht.

Innerhalb eines Monats nach der Urteilsverkündung hat die Landesregierung noch schnell den Kommunen über 40 Millionen Euro genommen. U.a. durch die Streichung des 21% Anteils an der Grunderwerbssteuer (die um 42% angehoben wurde auf 5%) und Kosten für den Unterhalt.

Nun zum Haushalt 2012, dieser bricht in Koblenz viele Rekorde! Der Finanzmittelfehlbetrag sieht 97.843.721,- Euro vor! Das ausgewiesene Vermögen der Stadt verringert sich auf 453,6 Mio. Euro.

Die CDU-Fraktion begleitet die Einbringung des Haushalts durch den Kämmerer Prof. Dr. Hofmann-Göttig stets konstruktiv. So haben wir 2011 mit unserem 10 Punkteplan und anlässlich des Haushaltes 2012 mit Prüfaufträgen wichtige Weichenstellungen vorgeschlagen.

Wir erwarten die ernsthafte Befassung ihrerseits!

Zur Erinnerung exemplarisch:

- Personalentwicklungskonzept,
- Datenverarbeitungskosten KGRZ senken,

- Einbringen eine Jahresdefizitobergrenze bei der Forstwirtschaft mit 650.000 € sonst Privatisierung,
- Gebäudemanagement: Kostenbegrenzung Betriebsgebäude EB 67 2,55 Mio. Euro,
- Umstrukturierung bzw. Verkauf Krematorium
- Beteiligungen auf den Prüfstand
- Stadtvermessung Pflichtaufgabe oder freiwillige Leistung?

Dazu die Schwerpunkte wie bereits im Februar 2012 ausgeführt:

- Solidere Haushaltsführung:
- Soziales: Gebäudesanierungen für Bildung und Schulen haben weiter oberste Priorität, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Betreuung für Jugend und ältere Generationen und deren Betreuung sind weiter zu gewährleisten
- Gebäudemanagement: mit Zieldefinition zur Effizienzsteigerung und Kostenreduzierungen beitragen.
- Wirtschaftsförderung: Ausbau statt Aushöhlung. Wir benötigen Lotsen für die Investorenansiedlung, damit wir dementsprechend auch Wirtschaftskraft verstärken.

Einige Einzelthemen die in diesem Jahr besondere Veränderung erfahren erläutere ich: Glasfaserkabel: Wenn der Eigenbetrieb KGRZ beim Land ein Förderantrag für einen Zuschuss für KGRZ-Räume und das Glasfaserkabel beantragt muss dieses auch zahlen. Der städt. Kernhaushalt ist die falsche Kasse! Konnexität ist auch innerhalb der eigenen Verwaltung gefordert.

Pflege der sozialen Kräfte statt Kahlschlag: Das pauschale Senken von freiwilligen Leistungen kann wie im Falle der Kita Herz-Jesu bei Kirchen und anderen karitativen Einrichtungen dazu führen dass weitere Kindergärten an die Stadt zurückgegeben werden müssen. Wenn wir das Konnexitätsprinzip ernst nehmen muss die Stadt den freien Trägern u.a. der Kitas dankbar sein statt die „Freiwilligen Leistungen“ weiter zurück zu fahren. Für die Stadt kämen ungleich höhere Kosten bei der Übernahme aller Kindertagesstätten aus kirchlichen und sozialen Kreisen zum Tragen.

Konnexität: Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung umgehend der Aufgabe nachkommt, die städtischen Forderungen aus dem Konnexitätsprinzip gegenüber dem Land transparent darzustellen und in einem Forderungsmanagement nachhält. Wir sollten im Vorfeld einer pauschalen Regelung des Landes zum 1.1.2014 mit Klarheit und Offenheit unsere Forderung transparent halten.

Sehr geehrter Kämmerer und Oberbürgermeister,
nachdem Sie über Ihre ersten Jahre bei Kleinem gespart haben müssen inzwischen Aufgaben, die auch von Privaten angeboten werden, auf den Prüfstand. So z.B. Krematorium, Forst, Hallenbad, Gartenbau, Krankenhaus....

Lassen Sie mich daher einige Diskussionspunkte in Erinnerung rufen die in diesem Haushaltsjahr unsere Meinung erforderte:

Kein Stadtbad mehr, Diskussion ums Stadttheater 2016, nicht beantragte Förderung fürs Forum Confluentes, Baukosten künstlich gering gehalten z.B. bei Baulasten Rhein-Mosel-Halle, Verkauf von Kevag-Anteilen von der Koblenz-Touristik - auf Anweisung der ADD- an die

Stadtwerke, Stille Reserven wurde aktiviert und im Endeffekt nur das Finanzamt mittels Steuern beglückt. Andererseits geplanter Erwerb von Kevag-Anteilen von RWE durch die Stadtwerke; ertragsmindernde Veränderungen im Bereich der Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 2,5 Millionen Euro; Einzelwertberichtigungen erhöhen sich um 1,5 Mio. Euro. Und die Bettenhaussanierung Kemperhof?

Wir beantragen, hiermit, den Posten „barrierefreie Anbindung Schrägaufzug“, wie von der Verwaltung vorgelegt und im Fachausschuss Bauwesen bestätigt, wieder einzustellen. Die CDU möchte im letzten Jahr der Sanierungsförderung von 80% im Dahl die Chance einer bereits zur Buga geplanten barrierefreien Anbindung umsetzen.

Ich danke den Mitgliedern des Stadtvorstandes, insbesondere der Kämmerei, insb. Frau Brockmann-Kneip und ihren Mitarbeitern, sowie des Hauptamtes für das Engagement um die Aufstellung dieses Haushaltes.

Unsere Entscheidung zum Nachtragshaushalt machen wir abhängig von noch evtl. gestellten Anträgen. Erst nachdem alle beantragten Beschlüsse gefasst sind, entscheiden wir ob wir zustimmen oder nicht.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass das beantragte Projekt „barrierefreie Anbindung des Schrägaufzuges“ im ursprünglichen Haushaltsentwurf der Verwaltung enthalten gewesen sei, im Haupt- und Finanzausschuss aber mehrheitlich abgelehnt worden sei, woraufhin die Verwaltungsvorlage entsprechend angepasst worden sei. In der darauf folgenden Sitzung des Fachbereichsausschusses IV habe das ursprüngliche Ansinnen der Verwaltung eine Mehrheit gefunden, sodass der Beschluss des Fachbereichsausschusses IV als Änderungsantrag gewertet würde.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann äußert ihre Verwunderung darüber, dass der Fachbereichsausschuss IV nun Änderungsanträge in einer Ratssitzung stellen könne. Dies habe sie in ihrer Zeit im Stadtrat noch nie erlebt und schon gar nicht zum Beschluss des Haushaltes. Der Haupt- und Finanzausschuss sei der Wächter des Haushaltes und nicht die Fachausschüsse. Dass die CDU-Fraktion den Antrag gestellt habe, sei formal korrekt, aber, dass der Baudezernent einen Beschluss des Fachbereichsausschusses als Antrag zum Stadtrat weitergebe, sei nicht in Ordnung. Sie beantrage daher aus Gründen des Formalismus den Antrag aus dem Fachbereich zurückzuziehen und den gleichlautenden Antrag der CDU-Fraktion zu akzeptieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sieht darin kein Problem und äußert den Antrag als Antrag der CDU zur Abstimmung zu bringen.

RM Pilger (SPD)

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Dezernenten, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

zweiter Nachtrag 2012, Verpflichtungsermächtigungen von 35.544.650 Euro, da bleibt einem zunächst einmal die Luft weg. Die Schulden der Stadt Koblenz wachsen, aber nicht nur bei uns, sondern bei fast allen Kommunen in Deutschland. Es hilft uns auch nichts, dass Koblenz von den rheinland-pfälzischen Großstädten die ist, die den geringsten Schuldenberg vor sich herschiebt. Aber es macht deutlich, dass es sich hier bei uns nicht nur um ein hausgemachtes Problem

handeln kann sondern, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind. Bund und Länder tragen hierbei ein nicht unerhebliches Maß an Mitverantwortung.

Koblenz hat sich verwandelt und hat in den vergangenen Jahren ungeheure Summen investiert. Es stellt sich die Frage, ob sich dies auch wirklich rentiert. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat die 100 größten kreisfreien Städte in Bezug auf ihre Kapitalbestände in den Kategorien Umwelt, Energie, Human, Sozial und Wirtschaft unter die Lupe genommen. Dies war in der Rhein-Zeitung nachzulesen. Und siehe da, wir rangieren mit unserer Rhein-Mosel-Stadt auf Rang 25 und lassen damit viele namhafte Großstädte, sowie alle rheinland-pfälzischen Städte weit hinter uns. Also kann doch nicht alles so schlecht gewesen sein, was in der Stadt in den vergangenen Jahren so geplant und investiert wurde. Besonders interessant ist, dass der Stadt in dieser Studie bescheinigt wird, dass zukünftige Generationen auch ihren gerechten Anteil an den begrenzten Ressourcen erhalten werden. Natürlich dürfen wir uns auf keinen Fall zurücklehnen und uns darauf berufen, dass wir vielleicht nicht alles, aber doch vieles richtig gemacht haben. Die Verschuldung unserer Kommune ist beängstigend und wir brauchen eine Schuldenbremse. Gleichzeitig warnt der CDU Politiker Heiner Geißler davor, die Kommunen kaputt zu sparen und Sozialabbau unter dem Deckmantel knapper Kassen zu betreiben. Es müsste mehr in die Bildung und Förderung investiert werden, damit Kinder und Jugendliche in gute perspektivische Lebensläufe hineingelangen können. Dies wird dauerhaft die Kommunen entlasten und zu mehr gesellschaftlicher Zufriedenheit beitragen. Doch daran müssen sich Bund und Länder maßgeblich beteiligen.

Unverständlich in diesem Zusammenhang ist, dass die ADD die Kosten für einen Jugendtreff in Rübenach abgelehnt hat. Gerade eine solche Maßnahme trägt zur Identifikation von jungen Menschen mit ihrem Stadtteil bei und wirkt gleichzeitig präventiv. Wieder ein Beispiel, wo am falschen Ende gespart wurde. Gespart werden kann nur schwer im sozialen Bereich, da die sozialen Träger seit Jahren keine Erhöhung der Zuschüsse mehr erhalten haben und am Rande der Finanzierbarkeit angelangt sind. Aber wenn trotzdem im Sozialen gespart werden soll, dann nie pauschal, sondern differenziert.

Neben dem Sparen muss darüber nachgedacht werden, wie die Einnahmen einer Kommune erhöht werden können, ohne die Bevölkerung zu überfordern. Hierzu kann auch die Verwaltung einen weiteren Beitrag leisten. Stadteigene Grundstücke müssen zügiger vermarktet werden, im Baugebiet südliches Güls hakt es oft vollkommen unerklärlich. Junge Familien sind bereit Grundstücke zu erwerben und Häuser zu bauen und kommen bei Genehmigungsverfahren nur schnecken tempoartig weiter. Das schafft viel Verärgerung bei den Betroffenen und bringt kein Geld in die Kasse des Kämmers.

Wie können wir die Einnahmen noch weiter erhöhen? Wir haben hier eine große Teilnahme der Gastronomen und ich appelliere an Ihr Verständnis für das, was ich jetzt sagen werde: Die Übernachtungssteuer könnte ca. 750.000 € in unsere Kassen fließen lassen, wenn es gut läuft vielleicht 1 Million Euro. Koblenz ist nach der BUGA zu einem Touristenmagnet geworden, so dass doch niemand hier in diesem Haus ernsthaft glaubt, dass ein Tourist wegen Mehrkosten von 1-3 Euro nicht nach Koblenz kommen würde und stattdessen in Kalt in der Eifel einquartiert. Touristen bleiben ein paar Tage und wollen das Flair unserer Stadt erleben und um die teuerste Kategorie zu benennen, wer bereit ist 150 € für eine Übernachtung zu zahlen, der sträubt sich auch nicht gegen 3 Euro Mehrkosten. Worüber allerdings noch nachgedacht werden muss, ist, wie wir den Verwaltungsaufwand und die Bürokratie möglichst gering planen, damit die Abläufe für die Hotellerie nicht zu aufwendig werden. Wer nun gleich gegen die Übernachtungssteuer

stimmt, sollte bedenken, wie er es den sozialen Trägern erklärt, dass man von ihnen Sparbeiträge erwartet, während wir gleichzeitig auf eine interessante Nebeneinnahme verzichten.

Es stellt sich noch die Frage, ob das Land seine Hausaufgaben gemacht hat. Klar ist, die Kostenübernahme könnte auch hier an mancher Stelle großzügiger sein. Aber insgesamt bewegt Mainz schon gewaltige Summen in unsere Stadt. Für die Instandsetzung der Europabrücke liegt der Bewilligungsbescheid vom 16.10.2012 in Höhe von 3.491.000 € vor, sobald die Stadt die Anerkennungserklärung vorgelegt hat, kann die Auszahlung veranlasst werden. Die Instandsetzung der Balduinbrücke und die Bewilligung der Maßnahmen wird sich noch bis Anfang 2013 hinziehen, aber hierbei handelt es sich wiederum auch um 5.571.000 €. Auch die Finanzierung der integrierten Leitstelle der Feuerwehr ist bis auf 10.000 € anerkannt, an Sach- und Betriebskosten werden antragsgemäß 120.000 € ausgezahlt, jedoch liegt der fällige Verwendungsnachweis noch nicht vor. Die Bewilligung der verschiedenen Fahrzeuge liegt vor, dies ist diese Woche zugesandt wurden. Die Sporthalle Asterstein wird nach Vorschlag der zuständigen Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein ab dem zweiten Halbjahr 2013 neu gebaut werden. Die Landesförderung in Höhe von 3 Millionen ist sichergestellt. Auch wenn manches zu wünschen übrig bleibt, das Land leistet einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Stabilisierung unserer Stadt. Einen weiteren Beitrag zur Konsolidierung möchten wir noch leisten, wir beantragen die Haushaltsmittel für die Maßnahmen „Im Teichert“ zu streichen, wir halten diese im Moment bei der angespannten Haushaltslage für nicht vertretbar.

Ich komme zum Schluss. Es wird uns nur gelingen, neben dem eingeleiteten Entschuldungsfond und dem Eckwertebeschluss, unsere Stadt aus dieser finanziellen Schieflage zu bringen, wenn Bund und Land sich mehr an der Kommunalfinanzierung beteiligen. Wir müssen auch über unseren eigenen politischen Schatten springen und gemeinsam nach Lösungen suchen, die wir auch gemeinsam mit dem Stadtvorstand gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer schönen Stadt vertreten. Lasst uns aufhören aus parteipolitischer Taktik sinnvolle Maßnahmen zu verhindern. Vielen Dank!“

RM Keul-Göbel (BIZ)

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zu den grundlegenden Ausführungen und Ansichten der BIZ-Fraktion zum Haushalt und Nachtragshaushalt 2012 verweise ich auf die Reden unseres Fraktionsvorsitzenden Stefan Wefelscheid.

Zum zweiten Nachtrag daher nur folgende Anmerkungen:

Bereich Schulen:

1. Der wichtige Bau der Sporthalle Gymnasium Asterstein muss nun zunächst von der Stadt alleine gestemmt werden. Wir sind gespannt, ob die vorgenommene Erhöhung der Baukosten um immerhin 190.000 € auf 6,54 Millionen € ausreicht und wann die Zuschüsse des Landes gezahlt werden. Immerhin ist der Neubau durch die Schließung der Landeseigenen Sporthalle verursacht. Wir hätten uns dem Konnexitätsprinzip entsprechend vorgestellt, dass die Zuschüsse hier etwas schneller fließen und wir nicht noch ein Jahr warten müssen, bis wir anfangen können. Dies hat allein das Land verschuldet.

Wir bedauern außerdem, dass die Sporthalle Altkarhause aufgrund fehlender Zuschüsse nicht gebaut wird.

2. Wir können nicht nachvollziehen, dass in diesem Jahr kein naturwissenschaftlicher Raum (Nawis) erneuert wurde. Im Haushalt standen 185.500 € für das Max-von-Laue-Gymnasium, 200.000 € für das Görres-Gymnasium, 80.000 € für das Hilda-Gymnasium, 200.000 € für die Clemens-Brentano-Overberg-Realschule plus und weitere 200.000 € für die Realschule Karthause zur Verfügung, insgesamt 865.500 €. Es ist richtig, dass die Verwaltung hier Fördermöglichkeit berücksichtigt. Allerdings hätten wir erwartet, dass dem Schulträgerausschuss im laufenden Haushaltsjahr ein Änderungsbeschluss vorgelegt wird.

Die zur Verfügung stehenden Gelder hätten ausgereicht, um für jeweils 220.000 € bereits in 2012 drei bis vier Nawis zu bauen! Zur Bildung in den Schulen gehören ordentlich ausgestattete Räume, insbesondere in der Naturwissenschaft. Eine Sanierung ist in Koblenz dringend notwendig! Dass hier nicht umgedacht wurde ist unglaublich. Die Verwaltung muss flexibler werden.

Die Einrichtung neuer Stellen bei der Koblenz-Touristik ist für uns ebenfalls nicht nachvollziehbar. Fünf neue Stellen, wovon sich nur drei gegenfinanzieren lassen, was abzuwarten bleibt. Kritisch sehen wir vor allem die Stelle Sachbearbeitung Individualreisen, Gruppenreisen, Hotelvermittlung, Provisionsvermittlung, die eingerichtet wird, obwohl die Umsatzerlöse in diesen Bereichen in 2012 gegenüber dem Ansatz erheblich zurückgegangen sind. Selbst die Verwaltung geht nicht davon aus, dass sich diese Stelle durch höhere Einnahmen refinanzieren lässt. Das ist schon bedenklich.

Beim Schienenhaltepunkt Stadtmitte stellen wir fest, dass die 17,5 Mio. Euro, die der Stadtrat zur Verfügung gestellt hat, nicht ausreichen. Wir erhöhen jetzt konkludent, wenn der Nachtrag eine Mehrheit findet. Damit trägt die Stadt Koblenz einen Anteil von 10 Mio. Euro an den Kosten des Schienenhaltepunktes Stadtmitte. Dies ist praktisch der gesamte Gewinn der Buga.

Herr Pilger, Sie haben eben ausgeführt, man soll nicht pauschal sparen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass die SPD den pauschalen Einsparungen in den letzten Haushaltsjahren immer zugestimmt hat. Die Rede, die Sie eben gehalten haben, könnte eine Kopie der Rede von Herrn Wefelscheid sein, der nämlich genau darauf verwiesen hat, dass wir in diesen Bereichen keine pauschalen Einsparungen möchten. Wir hatten dargelegt, dass wir diese pauschalen Kürzungen ablehnen und haben auch in den Ausschüssen entsprechende Anträge gestellt. Wir sind froh, dass die Verwaltung dem jetzt gefolgt ist.

Nochmals zum Konnexitätsprinzip: Wenn der Bund Gesetze beschließt, die die Länder oder die Kommunen belasten, dann muss der Bundesrat zustimmen. Im Bundesrat sitzen die Vertretungen der Länder. Wenn wir dies auch im Land hätten, dann säße unser Oberbürgermeister bei jeder Entscheidung dabei und könnte sagen wir stimmen dem Gesetz zu oder nicht zu. Dies findet nicht statt und ist auch grundrechtlich in Ordnung. Aber im Bund ist es anders. Wenn der Bund sagt, wir belasten mit diesem Gesetz Länder oder Kommunen, dann muss die Länderkammer zustimmen. Damit ist das Konnexitätsprinzip umgesetzt.“

RM Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen)

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Stadtvorstand, Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Haushaltslage der Stadt Koblenz ist katastrophal, aber nicht hoffnungslos. Die Ursachen sind relativ unstrittig ca. 30 Millionen Euro strukturelles Defizit.

Schuld daran sind erstens die Gesetze des Bundes, die die Kosten bei den Kommunen abladen. Lösungsbeiträge werden, wie jetzt in Form der Eingliederungshilfe für Behinderte, auf den Weg gebracht. Dies ist aber noch nicht beschlossen.

Zweitens liegt die Schuld bei der Gesetzgebung der Länder, das haben wir heute auch schon gehört. Derzeit arbeitet das Land an einer Reform des Kommunalen Finanzausgleiches. Auch dies ist bekannt.

Drittens liegt die Schuld bei den Entscheidungen des Stadtrates, die zu der aktuellen Schieflage geführt haben.

Eine wesentliche Entscheidung waren auch die Investitionsentscheidungen, die der Stadtrat getroffen hat. Dies waren, um nur einige zu nennen, das Pegelhaus, das Schloss, die Rhein-Mosel-Halle, der Kulturbau, die Buga mit dem Schienhaltepunkt und der Anbau des Theaters. Hier ist in den Abschreibungen ein wesentliches Problem zu sehen, das den Ergebnishaushalt nachhaltig negativ beeinflusst.

Im Gegensatz zum kameralen Rechnungswesen, wo die Investitionen einmal getätigt wurden und dann neben den Krediten keine Beachtung mehr fanden, fallen die Abschreibungen heute jedes Jahr an. Sie belasten den Ergebnishaushalt über die gesamte Abschreibungszeit.

Diese Entscheidungen wurden in vollem Bewusstsein des Rates gefällt. Der Rat hat genau gewusst, was er macht, da wir auch damals im Angesicht der Finanzkrise darüber gesprochen haben. Ich habe diese Dinge alle vorgetragen und darauf hingewiesen, dass wir uns diesen Kulturbau nicht erlauben können. Er wurde trotzdem gebaut und jetzt stehen wir in dem Schlamassel, jetzt müssen wir eben bei Kleinigkeiten sparen.

Der eine Teil sind die Investitionen im städtischen Haushalt, der andere sind die laufenden Kosten, und hier haben wir sehr gute Entscheidungen gefällt.

Der Oberbürgermeister hat es auch vorgetragen, die HSK war eine sehr gute Entscheidung. Dort wird endlich die Aufgabenkritik, die lange überfällig ist, angegangen. Hierzu gehört auch die Verbesserung der Aufbau- und Ablauforganisation und alles, was wir im Eckwertepapier festgelegt haben.

Eben haben wir den Eckwertebeschluss gefasst, das ist die Grundlage für solides Haushalten. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass es viele Bemühungen der Verwaltung und des Rates gibt, die in die richtige Richtung gehen. Investitionsentscheidungen in der Vergangenheit, im Wesentlichen den Kulturbau, der eine Verschiebung des Anteils in Richtung des Kulturhaushalts geschaffen und den Gesamthaushalt in eine Schieflage gebracht hat, zweifle ich immer noch an. Wir haben dadurch immer weniger Spielraum für Soziales und Sport.

Wir haben damals gesagt, der Kulturbau darf nicht zu sozialer Kälte führen. Wir werden dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen, wir werden ihn aus den vorgenannten Gründen ablehnen, wie wir auch den Haushalt abgelehnt haben. Wir sehen die Bemühungen positiv und danken auch der Verwaltung für die Arbeit, die Grundlagen hat der alte Rat geschaffen und dies hat zur Schieflage geführt.

Vielen Dank.“

Rm Schupp (FDP)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Beigeordneten, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Koblenzer Bürgerinnen und Bürger,

vieles zum Nachtragshaushalt ist ja schon von den Rednern der anderen Fraktionen gesagt worden und muss deshalb nicht mehr wiederholt werden. Viel beredet wurde hier auch und immer wieder der verantwortungsvolle Umgang mit Steuermitteln. Wir reden vom Sparen und vielem mehr. Aber was ist denn verantwortungsvolles Sparen?

Mit Sicherheit nicht, dass man Investitionen aus dem Haushalt streicht, die langfristig der Stadt Geld sparen, damit man kurzfristig sagen kann, man hat gespart.

Ich möchte gerne mal ein Paradebeispiel für Geldverschwendung der Stadt Koblenz aufzeigen, weil die damals handelnden Personen auch falsch gespart haben, ohne die langfristige Weitsicht für das Gesamte. Hierfür nehme ich Sie gerne mit auf eine Zeitreise in der Geschichte des Sportplatz Karthause:

Als ich 1978 mit dem Fußball beim VFR Karthause anfang, spielten wir noch auf dem alten Sportplatz auf dem Gelände, wo jetzt das Bundesarchiv steht. In den 80er Jahren wurde dann für mehrere 100.000 DM - wenn es nicht sogar schon an die Million dran kommt - ein Provisorium an der Simmerner Straße gebaut. Ein Provisorium deshalb, weil man zu dieser Zeit bereits wusste, dass die FH ja gebaut werden sollte und der Standort des provisorischen Sportplatzes später als Parkplatz erhalten soll. Man kam damals schnell auf die Idee, den Sportplatz doch auf das nebenliegende so genannte „Dendergelände“ zu bauen. Doch leider wollte man zu jener Zeit den von der Erbgemeinschaft ausgelobten Preis für das Grundstück nicht bezahlen, weil der ja – auf den ersten kurzfristigen Blick - viel zu hoch war.

Also baute man Anfang der 90er Jahre für über 1 Mio. DM den Sportplatz auf der Schmitzers Wiese von einem Rasenplatz in einen Tennenplatz um - und setzte noch ein, in vieler Bürger-Augen überteuertes, Umkleidegebäude daneben. Wohlwissend, dass diese Lösung auch nur ein Provisorium sein kann, da der VFR mit seiner mehrfach ausgezeichneten Jugendarbeit seinen Sportplatz eigentlich auf der Karthause haben wollte.

Nach mehr als 20 Jahren fußballloser Zeit auf der Karthause wurde in diesem Jahr der Sportplatz auf dem Dendergelände eröffnet, nachdem man zuvor etliche Untersuchungen, Verhandlungen usw. durchgeführt hatte. Kosten: über 1 Mio. Euro! Man nahm es sogar in Kauf, nur eine eingeschränkte Nutzung der Anlage zu haben, sodass der Sportplatz bei weitem nicht so genutzt werden kann, wie das erste Provisorium auf dem jetzigen FH Parkplatz.

Hätten die damaligen Entscheidungsträger damals die nötige Weitsicht gehabt, dann hätten sie der Erbgemeinschaft damals den Preis bezahlt, den sie wollten. Auch wenn der Preis zu diesem Zeitpunkt sehr teuer war, wäre er um Millionen günstiger gewesen, als diese ganze Umzieherei des Sportplatzes: Man hätte damals mit dem Land verhandeln können und das Dendergelände zum Parkplatz der FH gemacht und den ersten Sportplatz an der Simmerner Straße belassen. Das wäre Weitsicht gewesen. Warum erzähle ich dies?

Wir haben bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2012 lange über eine Sache diskutiert: Das Projekt P611029 „Vor dem Sauerwassertor Sanierung Ehrenbreitstein“.

Hier hätte ich mir von den Fraktionen, die die Mittel aus dem Nachtrag gestrichen haben, mehr Weitsicht gewünscht.

Denn wie am Beispiel Sportplatz, kann man erkennen, dass Weitsicht auf lange Sicht gesehen der Stadt Geld sparen kann, auch wenn man zuerst mal etwas mehr zahlen muss.

Der Kollege Diehl ist ja schon darauf eingegangen und beantragt nun die Wiedereinstellung, die wir von der FDP-Fraktion ausdrücklich unterstützen.

Ich möchte die Rechnung „Sanierung Sauerwassertor“ an dieser Stelle erläutern:

Diese Maßnahme kostet die Stadt erst einmal 450.000 € die im Haushalt eingestellt werden müssen. Davon bekommen wir allerdings 360.000 € an Fördergeldern vom Land zurück in den städtischen Haushalt. Bleiben für die Stadt also 90.000 € für die gesamte Maßnahme, die dann aber für die nächsten 100 Jahre erledigt ist.

Nun wurde aber während der Beratungen im HuFa die gesamte Maßnahme mit knapper Mehrheit aus dem Nachtrag 2012 gestrichen. Trotzdem wird die Stadt aber für die kleine Lösung - Sicherung der Mauer und für die Ampelanlage 55.000 € zahlen müssen. Dies jetzt allerdings ohne nur einen Cent an Landesmitteln dazu zu bekommen.

Und was ist das Ganze? Das ist wieder ein Provisorium, denn anders kann man diesen Zustand, der dann dort vorherrscht, nicht bezeichnen. Jeder, der Sparen mit Weitsicht verbinden kann, erkennt direkt, dass es doch sinnvoller ist, heute 35.000 € mehr zu zahlen, um eine 100% gute Lösung des Problems zu haben und damit langfristig der Stadt viel Geld zu sparen.

Und genau wegen dieser Weitsicht und der äußerst knappen Abstimmung im HuFa, und hier wissen die beteiligten Personen genau, dass wenn von der einen Bürger-Fraktion eine andere Vertreterin da gewesen wäre, dass die Streichung der Mittel keine Mehrheit gefunden hätte, stellt auch die FDP-Fraktion hiermit den Antrag, die 450.000 € für die Sanierung Sauerwassertor wieder in den Haushalt einzustellen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch erwähnen, dass Christian Bayerlein sich als der Behindertenbeauftragte der Stadt ebenfalls ganz deutlich für die Sanierung eingesetzt hat.

Noch einmal auf ein Wort zum Thema Weitsicht: Weitsicht hätte der Stadtrat schon bei den Haushaltsberatungen 2010 haben können, als Biggi Hoernchen in ihrer Haushaltsrede für die FDP Fraktion den Antrag auf Einführung eines Arbeitskreises „schwarze Null“ gestellt hat.

Unser Antrag sah damals vor, einen Arbeitskreis zu gründen - bestehend aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, der den Auftrag hat, zusammen mit externem wirtschaftlich und rechtlich kompetenten Sachverstand Ideen zu Konsolidierung des städtischen Haushalts zu entwickeln. Leider fand der Antrag damals keine Unterstützung, wurde sogar kurzfristig von Ratskollegen als Marketing-Gag und als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme abgetan.

Als allerdings nur ein Jahr später der neue Oberbürgermeister mit dem gleichen Antrag kam, nur mit dem Unterschied ihn anders zu nennen, nämlich Haushaltsstrukturkommission anstatt Arbeitskreis „Schwarze Null“, ja da wurde der Antrag vernünftigerweise einstimmig angenommen.

Hätte der Rat in 2010 schon die Installation des Arbeitskreises mit Weitsicht beschlossen, hätten wir die Haushaltsstrukturkommission schon ein Jahr früher gehabt und könnten heute schon erste Ergebnisse umgesetzt sehen.

Wenn auch etwas später, aber dennoch sehen wir von der FDP-Fraktion uns mit dieser Einführung der Haushaltsstrukturkommission bestätigt, den richtigen Weg in Sachen Haushaltskonsolidierung als erste Fraktion eingeschlagen zu haben.

Die Kommission hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen und wir sehen, dass in der HSK sehr viele Ideen der FDP-Fraktion Beachtung finden und den Weg über den Stadtvorstand in die Verwaltung finden. Wie wir gerade den Ausführungen des Oberbürgermeisters zum Entwurf des Haushaltsplans 2013 entnehmen konnten, setzt die Verwaltung nun die ersten Konsolidierungsvorschläge aus der Haushaltsstrukturkommission im kommenden Jahr um.

Dieser positive Trend gegen neue Schulden in der Zukunft ist für uns auch ein Grund heute den Nachtragshaushalt nicht abzulehnen. In der FDP-Fraktion haben wir daher beraten, dass wir, die Mehrheit unserer Fraktion, unsere heutige Entscheidung zum Nachtragshaushalt abhängig machen vom Abstimmungsergebnis des Änderungsantrags.

Ich für meinem Teil werde dem Nachtragshaushalt zustimmen, da dort wichtige Mittel für die Wiederherstellung der Fußgängerzone Schulzentrum Karthause eingestellt sind. Ich würde mich bei den Bürgerinnen und Bürgern unglaublich machen, wenn ich seit vielen Jahren für diese Sache kämpfe und dann die Einstellung der Mittel nicht unterstütze.

Wir haben ja zu Beginn der Sitzung die Rede des Oberbürgermeisters zur Einbringung des Haushalts 2013 gehört. Wir sehen mit Interesse und besonderer Motivation den Beratungen zum

Haushalt 2013 entgegen, über den wir hier – hoffentlich alle mit Weitsicht - am 14. Dezember abstimmen werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Rm Baum (FBG)

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Bürgermeisterin und Beigeordnete, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Rat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Henry Ford hat einmal gesagt:

Wer aufhört zu werben, um Geld zu sparen, kann ebenso seine Uhr anhalten, um Zeit zu sparen.

Wir können leider die Schuldenuhr nicht anhalten, obwohl das eigentlich dringend notwendig wäre. Aber ich möchte heute für eine Verlangsamung dieser Uhr werben.

Meine Vorredner haben im Prinzip schon vieles auf den Punkt gebracht, natürlich jeder nach seiner Couleur.

Zumindest wird von allen Fraktionen der Sparwille deutlich, und das ist auch gut so.

Trotzdem sollte es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleiben, sparen an der richtigen Stelle muss nicht immer schmerzen, Sparen zahlt sich irgendwann einmal aus. Und wir sollten sparen, damit die nachfolgenden Generationen auch das Positive am Sparen kennen lernen können.

Eigentlich, so meine ich, sollten wir die Reden zum Nachtragshaushalt immer auf den 30. Oktober legen, auf den Weltspartag.

Mit den kleinen Münzen, mit klimperndem Kleingeld in der Spardose bin ich als Kind immer an diesem Tag zur Sparkasse gelaufen und habe ein paar Mark auf mein Sparbuch eingezahlt, das sich im Laufe von Jahren doch tatsächlich füllte.

Und ähnlich diesem Prinzip sieht auch die F/B/G Möglichkeiten, in unserer Stadt zu sparen, auch mit Kleinigkeiten.

In den Beratungen zu den vergangenen und zum diesjährigen Haushalt hatten wir bereits einige konkrete Vorschläge zur Konsolidierung gemacht.

Am Beispiel Gauklerfest sollten wir uns bereits heute gemeinsam überlegen, ob wir es uns leisten können jährlich einen Zuschussbedarf von 144.000 Euro an Rhein in Flammen, oder dem „Sommerfest“ wie es jetzt heißt, zu zahlen.

Allein bei den Flammenstäben ist uns ein blaues Wunder aufgefallen, da schlagen 27.000 Euro Miese zu Buche. Hier müssen die Zahlen, Daten und Fakten offen gelegt werden, damit der Bürger sieht, wohin sein Geld geht.

Wir sind heute froh, dass unser schon lange gemachter Vorschlag, den Fuhrpark der Stadt Koblenz und des Stadtvorstandes unter die Lupe zu nehmen, jetzt auch in der konkreten Überprüfungsphase ist. Mit Sicherheit kann an dieser Stelle viel Geld eingespart werden.

Auch die endlich eingeleiteten konkreten Maßnahmen zu Einsparungen bei den EDV-Kosten begleiten wir gerne positiv, weil wir dieses Thema bei den letzten Haushaltsberatungen in den Haupt- und Finanzausschuss einbrachten.

Die von der Haushaltsstrukturkommission eingebrachten Vorschläge können wir nur unterstützen, hier regen wir an, bei der Überprüfung der Personalkosten auch Möglichkeiten einer Umstrukturierung der Zuständigkeiten von Ämtern zu untersuchen.

Gerade in dem Bereich der Sozialabgaben, die den größten Batzen unserer Ausgaben ausmacht, muss man die Koordination der verschiedenen Systeme verbessern, damit den Betroffenen in vielen Fällen schneller, effektiver und vor allem kostengünstiger geholfen werden kann.

Ich denke es gibt auch innerhalb der Verwaltung schon Vorschläge wie etwa Jugendamt, Schulverwaltung, Sport und Bäderamt und andere Bereiche effektiver zusammenarbeiten können und vielleicht in einigen Befugnissen zusammengelegt werden sollten.

Auch in der Arbeit unseres Rates und der Ausschüsse ist nach meiner Meinung noch mehr zu sparen:

Wenn man sich das ein oder andere Gremium anschaut, dann muss man sich fragen, ob man beispielsweise den Schulträgerausschuss mit einem jetzigen Personalstand von 37 Mitgliedern nicht auf die Hälfte verringern sollte. Da kommen allein pro Sitzung 925 € Sitzungsgelder, wenn Sitzungshopping betrieben wird, auch schnell mal 1000 € zusammen. Ein Ausschuss, liebe Frau Keul-Göbel, der wie wir erst jüngst feststellen mussten, gar keine Beschlüsse fassen kann. Ähnlich geht es mit dem Ausschuss für Hochschulfragen, hier rege ich an, den Dialog mit unseren Hochschulen auf eine andere Ebenen zu bringen, vielleicht bei der Wirtschaftsförderung - schon wegen der Zusammenarbeit mit dem Technologiezentrum TZK.

Die Studentenstadt Koblenz hat erfreulicherweise hier am Standort mit der Universität, Campus Metternich, der Hochschule auf der Karthause und der ZFH (Zentralstelle für Fernstudien an Fachhochschulen) in diesem Jahr 13.715 Studenten gemeldet. Das ist ein erfreuliches Wachstum für unsere Stadt. Hier müssen wir ansetzen und weiter fördern. Das bringt Leben und Jugend in unsere bis jetzt von Beamten geprägte Stadt. Ein gutes Beispiel dafür war das Kulturfestival Kaleidoskop, das federführend von den Studenten im Juli veranstaltet wurde.

Die Bildungsstadt Koblenz ist stolz auf ihre 46 Schulen, aber hat Kummer mit den Gebäuden. Über einen Zeitraum von zwei Jahren haben wir uns mit allen Fraktionen intensiv mit dem Schulentwicklungsplan beschäftigt, für alle Beteiligte war das Ergebnis eher enttäuschend, weil wir neben einer Fortentwicklung unserer Bildungslandschaft alle doch auch Spareffekte erhofften.

Bei der eher unpopulären Frage nach Zusammenlegen von Grundschulen wurden die Berater relativ schnell von der Aufsichtsbehörde ausgebremst, mit der Aussage, dass die Landesregierung nicht möchte, dass Grundschulen geschlossen werden. Meiner Meinung nach könnten wir zum Wohle der Kinder in einigen Stadtteilen große Synergieeffekte erzielen, die einer umfassenderen, pädagogisch viel sinnvolleren Betreuung der Schülerinnen und Schüler zu Gute käme. Und das nicht nur bei den Grundschulen.

Aber solche Aussagen sind nicht die einzige Bürde, die wir aus Mainz erhalten. Die Schulbuchausleihe beispielsweise, von unsrer Schulverwaltung hervorragend vorbereitet und durchgeführt, kostet uns, trotz Zusage der Kostenübernahme des Landes, immer noch viel zu viel Geld.

Die Umsetzung des Landesgesetzes, die Schülerbeförderung erst ab 4 Kilometer zu übernehmen, schlägt natürlich bei vielen Eltern schmerzlich zu Buche.

Dass wir im Sommer den Grundstein für die neue, nach Passivhausstandard geplante Grundschule in Güls legen konnten, sollte uns bei aller Freude über das Ereignis nachdenklich machen, ob wir in Zukunft entgegen unserem Eckwertebeschluss nicht doch das ein oder andere neue Projekt anstoßen müssen. Stichwort: Rentierliche Investitionen, dieses Wort haben Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, gerade eben in Ihrer Haushaltsrede geprägt, Rentierliche Investitionen dürfen für uns kein Tabu sein

Beispiel Berufsschulzentrum in Moselweiß :

Wenn sich, wie in Güls zeigt, dass trotz höherer Ausgaben für einen Neubau in naher Zukunft Geld gespart werden kann, dann muss man sich wirklich überlegen, ob es sinnvoll ist, bei Schulsanierungen zwischen 14 und 18 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, nur um die Fassade zu retten. Wir sollten uns bei so großen Summen mehrere Angebote über einen Neubau einholen. Der fast 40-jährige Bau zeigt jetzt an allen Ecken und Enden, dass der Zahn der Zeit

nicht spurlos an dem Gebäude vorüberzieht. Bei der Heizung mit ihrem jährlichen Gasverbrauch von ca. 350.000 €(!) ist es nur noch eine Frage der Zeit, wie lange sie hält. Und wie teuer eine Sanierung an bestehenden Gebäuden kommen kann, haben wir leidlich mit unserer Rhein-Mosel-Halle erfahren müssen. Und wie es mit der Standfestigkeit eines knapp über 40 Jahre alten Gebäudes aussieht, das haben die Gutachter gerade eindrucksvoll über unser Stadtbad geschrieben.

Zum Schluss noch ein paar Gedanken zu den Einnahmen unser Stadt:

Dass die Gewerbesteuern um 3,5 Millionen Euro gesunken gegenüber dem Ansatz gesunken sind, können wir nur bedauern, aber wir fragen uns, woran das liegt: sind wir im Haushaltsansatz vom Anfang des Jahres von Wunschbeträgen ausgegangen oder liegt es nur an der globalen wirtschaftlichen Lage?

Die ADD hat uns aufgetragen, als Stadt alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Einnahmen zu generieren. Deswegen werden wir auch heute dem geplanten Entwurf zur Übernachtungssteuer zustimmen, unter der Voraussetzung, dass heute rechtlich alles auf soliden Füßen steht. Ich appelliere deshalb gerade auch an einige Fraktionen, nicht nur die mahnende Hand bei den Ausgaben zu heben, sondern auch die Versuche der Verwaltung zu unterstützen, durch Einnahmen wie die gerade genannte Übernachtungssteuer, unseren Haushalt zu konsolidieren.

Eine Bemerkung in Richtung unserer heute anwesenden Gäste des Hotel- und Gaststättengewerbes: Ich denke, im vergangenen Jahr haben sich einige Ihrer Kollegen auch nicht beschwert, dass sie die Preise für Übernachtungen empfindlich erhöht haben.

Alle Gäste profitieren von den getätigten Ausgaben für unsere schöne Stadt.

Bei aller Sorge um den Haushalt, trotz großer Schuldenlast, Koblenz hat sich in den letzten Jahren zu einer der schönsten Städte in Deutschland gemausert, wenn wir in Rat und Verwaltung zusammenhalten, wird es auch so bleiben.

Zum Schluss noch ein Zitat von Henry Ford, mit dem ich auch schon eingeleitet habe:

Nicht mit Erfindungen, sondern mit Verbesserungen macht man Vermögen.

Ich möchte mich zum Schluss bei allen an der Nachtragshaushaltssatzung Beteiligten bedanken, vor allem bei der Kämmerei unter der Leitung von Frau Brockmann-Kneip, die in mühevoller Kleinarbeit und unzählig vielen Gesprächen mit ihren Amtsleitern und dem Stadtvorstand gearbeitet hat.

Die F/B/G stimmt der Nachtragshaushaltssatzung 2012 zu.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig lässt zunächst über den o.g. und wie folgt lautenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion „Der Stadtrat beschließt den Ausbau der L 127 in Ehrenbreitstein entsprechend dem Lageplan Plan-Nr. 22.12/08.12/02.02.“ in Verbindung mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion „Die FDP-Fraktion stellt den Antrag die 450.000 € für die Sanierung Sauerwassertor wieder in den Haushalt einzustellen gemäß der ursprünglichen Vorlage der Verwaltung“ abstimmen.

Dieser Antrag wird bei 31 Ja-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion „Streichung der Haushaltsstelle P 611026000 „Ausbau Im Teichert““ wird mehrheitlich abgelehnt.